

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendbeilage einschließlich Druckerlohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland 3.00. — Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zufolge werden die 6 Spalten Petzette mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Versandanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 243.

Dresden, Freitag den 18. Oktober 1912.

23. Jahrg.

Wirtschaftliches zum Petroleummonopol.

II. (Schluß.)

Man darf nun nicht annehmen, daß die Junker diese nicht sähen. Sie wissen ganz genau, auf welchem Boden ihre Herrschaft ruht. Daher ihre rüchliche Wirtschaftspolitik, daher der Terrorismus, den sie ausgeübt haben, wenn eine Verringerung des Brennwertpreises im Reichstage zur Erörterung stand. Das ist Grund, warum sie unserem Volke einen gefährlichen Kampf durch Festlegung der Prozentzahlen des Trinitrotoluols aufzulegen wollten, warum sie keinen Pjennig Propaganda der Mäßigkeit oder Enthaltensamkeit gelassen wollten, warum sie den Brennspritus in bestimmten Mengen von mindestens einem Liter Inhalt zum Verbot bringen lassen und warum sie jetzt wieder versuchen, die einen Vereins die Destillateure aus ganz Deutschland zusammenzuführen, die Schindler nur bestimmten Spiritusgehalt an das Publikum zu verkaufen. Man darf nun nicht annehmen, daß die Junker diese nicht sähen. Sie wissen ganz genau, auf welchem Boden ihre Herrschaft ruht. Daher ihre rüchliche Wirtschaftspolitik, daher der Terrorismus, den sie ausgeübt haben, wenn eine Verringerung des Brennwertpreises im Reichstage zur Erörterung stand. Das ist Grund, warum sie unserem Volke einen gefährlichen Kampf durch Festlegung der Prozentzahlen des Trinitrotoluols aufzulegen wollten, warum sie keinen Pjennig Propaganda der Mäßigkeit oder Enthaltensamkeit gelassen wollten, warum sie den Brennspritus in bestimmten Mengen von mindestens einem Liter Inhalt zum Verbot bringen lassen und warum sie jetzt wieder versuchen, die einen Vereins die Destillateure aus ganz Deutschland zusammenzuführen, die Schindler nur bestimmten Spiritusgehalt an das Publikum zu verkaufen.

Man darf nun nicht annehmen, daß die Junker diese nicht sähen. Sie wissen ganz genau, auf welchem Boden ihre Herrschaft ruht. Daher ihre rüchliche Wirtschaftspolitik, daher der Terrorismus, den sie ausgeübt haben, wenn eine Verringerung des Brennwertpreises im Reichstage zur Erörterung stand. Das ist Grund, warum sie unserem Volke einen gefährlichen Kampf durch Festlegung der Prozentzahlen des Trinitrotoluols aufzulegen wollten, warum sie keinen Pjennig Propaganda der Mäßigkeit oder Enthaltensamkeit gelassen wollten, warum sie den Brennspritus in bestimmten Mengen von mindestens einem Liter Inhalt zum Verbot bringen lassen und warum sie jetzt wieder versuchen, die einen Vereins die Destillateure aus ganz Deutschland zusammenzuführen, die Schindler nur bestimmten Spiritusgehalt an das Publikum zu verkaufen.

Man darf nun nicht annehmen, daß die Junker diese nicht sähen. Sie wissen ganz genau, auf welchem Boden ihre Herrschaft ruht. Daher ihre rüchliche Wirtschaftspolitik, daher der Terrorismus, den sie ausgeübt haben, wenn eine Verringerung des Brennwertpreises im Reichstage zur Erörterung stand. Das ist Grund, warum sie unserem Volke einen gefährlichen Kampf durch Festlegung der Prozentzahlen des Trinitrotoluols aufzulegen wollten, warum sie keinen Pjennig Propaganda der Mäßigkeit oder Enthaltensamkeit gelassen wollten, warum sie den Brennspritus in bestimmten Mengen von mindestens einem Liter Inhalt zum Verbot bringen lassen und warum sie jetzt wieder versuchen, die einen Vereins die Destillateure aus ganz Deutschland zusammenzuführen, die Schindler nur bestimmten Spiritusgehalt an das Publikum zu verkaufen.

Schrieben haben, liegt eine Verhinderung allzubühiger Petroleumpreise.

Wir wiederholen noch einmal: Der Vorschlag der Regierung verhindert anscheinend oder auch wahrscheinlich eine Steigerung der Petroleumpreise über den heutigen Stand, auf dem sich die Konkurrenz des Erdöls mit Elektrizität und Gas im bisherigen Wettkampfe eingestellt hat. Aber er berührt in der Sache mit allergrößter Wahrscheinlichkeit eine unter heutigen Umständen für die nahe Zukunft wahrscheinliche erhebliche Ermäßigung der Erdölpreise, die namentlich der Spiritusindustrie tödliche Schäden schlagen würde, oder würde doch die Entscheidung darüber aus der Hand der amerikanischen Kapitalisten und legt sie in die der deutschen Reichsregierung.

Das ist die andere Seite des Monopolplanes. Wenn man ihn nun durch sozialpolitische Vorlesungen annehmbar zu machen sucht, indem man laut verkündet, jeder Ueberfluß aus diesem mächtigen Handelsgeschäft solle zu sonst aus finanziellen Gründen undurchführbaren Aufgaben der Volksfürsorge verwendet werden, auf keinen Fall aber als Ersatz für eine Verbrauchssteuer dienen, so kann uns das nicht aus unserer kritischen Stellung herauslocken. Eine schärfere Heranziehung der Petroleumkonsumenten zu allgemeinen Reichszwecken, als sie heute schon stattfindet, ist, wie gesagt, schlechthin undenkbar: da würde wohl selbst unser geduldsiges Volk Langmut einmal ein Ende haben. Schon heute muß der arme Leute mit seiner schätzbaren Erbschaft zu den Steuerlasten des Reiches erheblich beitragen, während der Wohlhabende sein elektrisches Licht steuerlos strahlen lassen darf; daß man diese schwer erträgliche Ungerechtigkeit noch krasser ausgestalten dürste, um die Bescheiden vor der verhassten Erbschaftsteuer zu bewahren, das könnte nur ein politischer Narr empfehlen. Anders ist es schon mit den sozialpolitischen Andeutungen, wenn man sie nicht genauer untersucht. Man hat ausgerechnet, daß die Reichsregierung aus der bloßen Verbesserung des Petroleumabfahrgeschäftes bei den heutigen Preisen jährlich 2 Millionen Mark einnehmen werde; andere hätten diese Schätzung für viel zu niedrig, und in der Tat dürften ungefähr 6 Millionen Mark aus dem Geschäft herausspringen. Wenn nun die Reichsregierung zu diesen 6 Millionen Mark noch etwa 2 bis 3 Millionen Mark, also einen im Vergleich zum Gesamteinkommen des Reiches völlig bedeutungslosen Betrag, hinzulegen würde, dann könnte die Herabsetzung des anspruchsberechtigten Alters bei der Versicherung von 70 auf 65 Jahre sofort durchgeführt werden, könnte vielleicht auch ein Stückchen Mutterschutz und Säuglingsfürsorge unserer Bevölkerung angegliedert werden. Geseht den Fall, das geschähe. Was wäre die Folge? Jeder auch noch so zarten Andeutung, daß es vielleicht an der Zeit sei, auch einmal die Petroleumpreise herabzusetzen, um die Petroleumkonsumenten an dieser Stelle ihres Haushalts zu entlasten, würde die entsetzte Entgegnung werden, daß dann die Versorgung der Greise und Greifinnen, der Invaliden der Arbeit, gefährdet erscheine. Mit anderen Worten: es wäre eine neue Sicherung für den Abschluß des preussischen Junkerkaufes geschaffen, weil tatsächlich der Preis des Petroleums mit dieser Begründung dauernd hochgehalten würde. Also mit der sozialpolitischen Seite ist es auch nur so. Wir wollen uns da lieber freie Hand bewahren. Die Herabsetzung der Altersgrenze und die anderen Ergänzungen der Versicherung müssen unter allen Umständen kommen. Dafür brauchen wir aber keine Rechte auf anderen Gebieten zu opfern.

Sollen wir nun damit selbst den Plan von vornherein als verwerflich erklären? Keineswegs. Im Gegenteil: es lassen sich eine Menge guter Gründe für eine Verringerung des bisherigen Zustandes geltend machen. Oh diese Verringerung auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege überhaupt oder am besten zu erreichen wäre, lassen wir dahingestellt. Es ist wenigstens möglich. Aber einige unscheinbare, wenn auch das Wesen der Sache tief verändernde Veränderungen müßten doch auch an diesem Plane vorgenommen werden, wenn er unsere Zustimmung erhalten sollte: nämlich, die Entscheidung über die Verkaufspreise des Petroleums darf nicht der Reichsregierung allein überlassen bleiben, sondern muß letzten Endes bei der Volksvertretung ruhen. Dann kann das Volk dafür sorgen, daß kein Unfug mit dem Monopol getrieben wird!

Amerikanische Gegenmaßregeln?

Wien, 17. Oktober. Ein Bericht, daß die Washingtoner Regierung entschlossen sei, die Interessen der Standard Oil Company gegen Deutschlands Monopolrecht zu schützen. Es sei klar, daß Deutschland aus egoistischen Gründen den Handel vernichten wollte, den die Standard Oil Company mit Hilfe ihrer überlegenen Geschäftsmethode aufgebaut habe. Deutschland suche vor aller Welt den amerikanischen Handel zu schädigen, besonders die südamerikanischen Regierungen gegen die Union zu beeinflussen. Daher sei die vorerwähnte Maßnahme gegen Deutschland sein werden, verrät der Generalkonsul von Wien.

Der Balkankrieg und die Mächte.

Die englische Haltung.

Lk. London, den 16. Oktober.

Völlige Kaltblütigkeit in der Beurteilung der Lage bleibt noch immer das auffälligste Merkmal aller englischen Kommentare zu den Ereignissen im nahen Osten. Während die radikalen Blätter die eigenartige Neutralität und Untätigkeit der Mächte für die verhängnisvolle Wendung verantwortlich machen, suchen die konservativen und imperialistischen Organe, die mit dem Auswärtigen in engerer Fühlung stehen, den Krieg als ein Ereignis hinzustellen, das früher oder später unter allen Umständen eintreten mußte und von den Großmächten nicht verhindert werden konnte. Ganz allgemein ist aber die pessimistische Stimmung. Man drückt wohl immer wieder die Hoffnung aus, daß es den Mächten gelingen werde, den Konflikt zu lokalisieren und einen Weltbrand zu verhindern, aber man hält es doch für nötig, das Publikum zu warnen, sich auf schlimmste Entwicklungen gefaßt zu machen.

Völliges Dunkel herrscht über die Stellungnahme der englischen Regierung. Die zuerst von Paris aus verbreiteten Behauptungen, daß die englische Regierung durch ihre Verzögerung der internationalen Interventionsaktion für den Ausbruch des Krieges in erster Linie verantwortlich sei, werden selbstverständlich mit Entrüstung zurückgewiesen. Tatsache ist aber jedenfalls, daß die offiziellen Organe der englischen Regierung mit großer Seelenruhe zusehen, wie sich die Wolken über dem Himmel zusammenballen, und alle Interventionsversuche, noch lange ehe sie gescheitert waren, für hoffnungslos erklären. Es ist die hergebrachte Auffassung, daß England zu den natürlichen Gegnern der Türkei gehöre. Aber es ist sehr fraglich, ob diese Anschauung ohne starke Einschränkungen richtig ist. Die Schwächung der Türkei wäre, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, England zweifellos willkommen, und wohl deshalb sah man hier den Ausbruch des Krieges trotz allen seinen Gefahren nicht ganz ungern, weil eine weitere Ausdehnung der türkischen Herrschaft in Europa selbst im Falle eines militärischen Sieges wohl außer Frage steht. Aber damit wäre, scheint es, dem englischen Imperialismus auch gebietet. Die völlige Ausrottung der Türken kann England schwerlich wünschen, nicht nur im Hinblick auf Ausland und Deutschland, sondern auch, um die Türkei nicht allzusehr auf Kleinasien und Nordafrika hinzulenken. Die englischen Imperialisten sind geneigt, dem Krieg nun ruhig seinen Lauf zu lassen, mit um so größerer Unruhe sieht man aber dem Tag entgegen, wenn die Nordmächte ihr graufiges Werk vollbracht haben werden und es zur großen Liquidation der orientalischen Frage kommt. Auf den neuen Interventionsversuch von Paris setzt man hier keinerlei Hoffnungen.

Die einzige authentische Äußerung über die Haltung der englischen Regierung liegt bisher nur in der beiläufigen Bemerkung des Schatzkanzlers Lloyd George in einer Versammlung des Journalistenverbandes vor, worin er die Hoffnung ausdrückte, der Krieg werde „zu der Erweiterung der Grenzen der Freiheit und der guten Regierung“ führen. Das ist wohl mit Recht als eine Sympathieäußerung für den Völkerbund gedeutet worden. Aber so wenig die Bemerkung an sich besagt, so ist es doch fraglich, ob sie auch nur insoweit die gegenwärtige Stellungnahme der englischen Regierung getreu ausdrückt. Lloyd George ist eben noch immer Wortführer des radikalen Flügels der liberalen Partei, bei dem die Gladstonische Tradition der unerbittlichen Feindschaft gegen die Türkei noch sehr lebendig ist. Die Bemerkung war deshalb vielleicht nur eine Phrase, die die Radikalen vor Balkankomitees beruhigen sollte. Ob aber Sir Edward Grey und Herr Asquith so denken, ist eine andere Frage. Tatsächlich hat sich Lloyd George für seine Äußerung einen Vorwurf von den bei Sir Edward Grey sehr gut angelegenen Times ausgezogen. Die gegenwärtige Stellungnahme Englands zum Kriege läßt sich deshalb dafür zusammenfassen, daß die Radikalen mehr mit den Balkanstaaten, die Imperialisten mehr mit der Türkei sympathisieren, und daß die letzteren die Haltung des Auswärtigen Amtes wahrscheinlich getreuer widerspiegeln.

London, 17. Oktober. Parlamentsuntersekretär Keland erwiderte im Unterhaus auf eine Anfrage, die Behauptung, die englische Regierung habe die Türkei bei Aufnahme einer Anleihe in London unterstützt, entspreche nicht den Tatsachen. Auf eine Anfrage wegen der Stellung der britischen Offiziere, die der türkischen und der griechischen Regierung zu Reorganisationszwecken zur Verfügung gestellt seien, führte Staatssekretär Grey aus, daß im türkisch-italienischen Kriege den in türkischen Diensten stehenden Offizieren gestattet worden sei, auf ihrem Posten zu verbleiben mit der Maßgabe, daß sie an ihre Dienstleistungen nicht darauf berechnung seien, eine kriegführende Partei im Kriege zu unterstützen. Er könne nicht einsehen, warum der im türkisch-italienischen Kriege besetzte Kurs nicht als Präzedenzfall für zukünftige Kriege dienen solle.

Frankreichs Friedenssehnsucht.

pc. Paris, 17. Oktober.

Die gesamte französische Presse lobt die ununterbrochenen Bemühungen des Vizepräsidenten Poincaré, zwischen den Großmächten des Dreiecks und der Tripel-Entente eine